

Buchloer Hofnarr

Fakten, Meinungen und Nachdenkliches mit subjektiver Objektivität



Ausgabe 21 – Der Buchloer Hofnarr erscheint in unregelmäßigen Abständen als reine Online-Ausgabe. Werden fremde Quellen verwandt, ist dies im jeweiligen Text angegeben. Sollten Sie einen Gastbeitrag oder einen Leserbrief veröffentlichen wollen, erklären sie sich mit der Nennung Ihres Namens und ihres Wohnorts einverstanden. Der Verantwortliche entscheidet über die Veröffentlichung. Verantwortlich: Hubert Zecherle / Buchloe 02.11.2019

Gesunde nachhaltige Ernährung

Fleischlose Hamburger, fleischlose Würste und fleischloses Fleisch sind der Trend der Stunde. Unabhängig von den Grundregeln einer sinnvoller Ernährung (Ernährungspyramide – wussten schon die „alten“ Ägypter) bevorzugen immer mehr Menschen eine vegane oder vegetarische Kost – und glauben darüber reden zu müssen um andere zu bekehren. Warum muss vegetarische / vegane Kost eigentlich nach Fleisch / Wurst schmecken und wie ließe sich dieser Wunsch nach Fleischlosigkeit ökologisch und nachhaltig befriedigen?



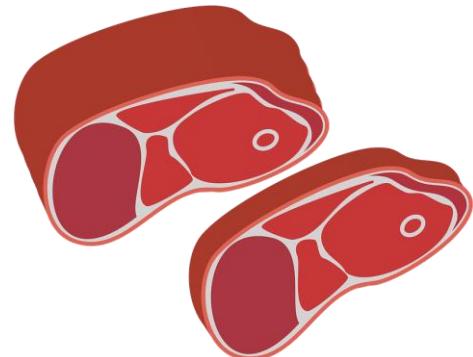
Bildquelle: wikipedia.org

Um Nahrungsmittel ökologisch optimal anbieten zu können, ist die Gesamtenergiebilanz bis zum Supermarkt entscheidend.

Die Herstellung vegetarischen Fleischersatzes benötigt um geschmacklich akzeptiert zu werden sehr viele Zusatzstoffe und einen sehr hohen Grad der Verarbeitung. Durch diesen auch energetischen hohen Aufwand können Fleischersatzprodukte eigentlich nicht nachhaltig sein.

Um den durch Fleischverzicht ausgedünnten Speiseplan aufzupeppen greifen viele Vegetarier / Veganer auf exotische Früchte und Nahrungsmittel wie Bananen, Orangen, Mandarinen, Kaffee, Papaya, Avocado, Feigen, Ananas, Kiwi, Mangos und viele andere Produkte zurück. Nahrungsmittel, welche über tausende Kilometer transportiert werden mussten, können kein Bestandteil einer wirklich ökologischen und nachhaltigen Ernährung sein.

Um die Bedürfnisse der Menschen nach diesen Produkten trotzdem zu befriedigen, sollte man versuchen die Überproduktion im Bereich tierischen Eiweißes so weiterzuverarbeiten, dass diese exotischen Veggie-Produkte aus Fleisch hergestellt werden können. Damit könnten die Lieferketten und – wege ökologisch kurz gehalten werden und das Wissen über die geschmackliche und konsistenzelle Umwandlung von Lebensmitteln doppelt genutzt werden. Vegetarier könnten sich gesünder ernähren ohne die Umwelt zusätzlich zu belasten und falls man doch einmal echten Fleischgeschmack wollte, gäbe es immer noch die Variante des Mett-Granatapfels.



Bildquelle: cdn.pixabay.com

Was ist Bürgernähe?

Politisch Verantwortliche aller Ebenen (Kommune, Landkreis, Bezirk, Bundeland, Land) sind bürgernah, wenn sie sich der Probleme der Bürger annehmen und diese so lösen, dass diemittelbar betroffenen Bürger zufrieden sind. Wenn diese direkt betroffene Bürger „beglückende“ Lösung nicht der Mehrheit aller Bürger dient und deswegen von den politischen Gremien abgelehnt wird, wird den „Politikern“ fehlende Bürgernähe vorgeworfen. Würden sie jeweils zu Gunsten der direkt von Entscheidungen betroffenen Bürger entscheiden, würde man ihnen vorwerfen, die gesellschaftlichen Probleme nicht lösen zu wollen bzw. können. Beispiel Buchloe: Flächenverbrauch und Wohnungsbau!

Nahezu alle Bürger äußern sich öffentlich gegen einen weiteren Flächenverbrauch um die Natur zu schützen. Ebenso wird von fast allen Bürgern der Bau von Wohnungen befürwortet. Beide Forderungen sollen von Kommunalpolitikern erfüllt werden. Wenn keine neuen Flächen verbraucht werden sollen, muss eine Wohnungsbebauung innerhalb der bestehenden Bebauung genehmigt werden. Wenn allerdings eine effiziente Wohnbebauung, mit optimaler Flächennutzung, nur angedacht wird, wird dem Stadtrat von den zukünftigen Nachbarn der neuen Bebauung fehlende Bürgernähe vorgeworfen, da sie in ihrer Nähe keine bzw. nur geringe Veränderungen wollen, obwohl sie prinzipiell Flächeneinsparung und Wohnraumschaffung befürworten.

Man fühlt sich benachteiligt und ungerecht behandelt, obwohl es einem gut geht, weil die kommunalen Verantwortungsträger das tun, wofür sie gewählt wurden.

Die Einen fühlen sich schlecht behandelt, weil sie nach den glei-

chen Regeln an den Kosten ihrer Straße beteiligt werden, wie alle anderen Buchloer auch. Dass Baumaßnahmen teurer werden, konnten die Anlieger selbstverständlich nicht wissen, als der Ausbau vor einigen Jahren auf Wunsch der Anlieger verschoben wurde.

Die Anderen wollen, dass sich die Stadträte nicht an geltendes Recht halten und Baugenehmigungen versagen, auf die Bauwerber einen Rechtsanspruch haben. Eigentumsrechte anderer sind nachrangig hinter den eigenen Interessen. Willkür als bürgernahes Prinzip – Abschaffung des Rechtstaats in zeitlicher Kommunalwahlähne?

Die Nächsten fühlen sich durch einen neuen Bebauungsplan benachteiligt, obwohl dieser eine aufgelockerte, nicht größere Bebauung vorsieht, als der bisher gültige Bebauungsplan. Hätten die Besitzer des Anwesens nach den gleichen Regeln gebaut, wie alle Nachbarn, wäre der Bau genehmigungsfrei größer und als Sperrriegel möglich gewesen. Den gesetzlich vorgesehenen Weg der Vorbringung von Einwendungen im Zuge der Öffentlichkeitsbeteiligung vorab verschwörungstheoretisch abzulehnen und den politisch Verantwortlichen vorzuwerfen, ihren Eid, die Sorgen und Bedürfnisse der Buchloer Bürger ernst zu nehmen, nicht einzuhalten, ist im besten Fall populistisch. Wie viel Alkohol muss man nehmen um zu glauben, dass weniger Wohnungsbau die Mieten sinken lässt? Verbilligung des Wohnraums durch Verknappung des Angebots. Das ist ein Vorschlag für den Wirtschaftsnobel Preis. Wir lösen die Wohnungsnott, indem wir weniger oder keine Wohnungen mehr bauen, dann werden die bestehenden Wohnungen billiger. Vielleicht sollten wir auch eine CO₂-Reduktion im

Straßenverkehr durch größere und stärkere Verbrennungsmotoren erzwingen.

Die Ganzdieanderen fordern weniger Wohnungen um Buchloe lebenswerter zu machen. Wahrscheinlich ist Buchloe nur noch lebenswert, wenn sich nur noch Millionäre oder Fastmillionäre ein (Doppel-) Haus oder eine Wohnung leisten können.

Das oben beschriebene Verhalten möchte ich unter dem Begriff „Wohlstandsverwahrlosung“ zusammenfassen. Im eigenen Haus sitzen (allein, zu zweit oder als Familie), den Wohlstand genießen, Veränderung im direkten Umfeld ablehnen und dann, wenn die Kinder ausziehen wollen, dem Stadtrat vorwerfen, er hätte nicht für Wohnungsbau gesorgt. Oder noch besser, einen Bauantrag für ein zweites Haus auf dem eigenen Grundstück (Nachverdichtung) beantragen, damit die Kinder in den Garten bauen können. Auf allen anliegerbezahlt Buchloer Straßen (Wohngebiete) asphaltiert unterwegs sein und in der eigenen Straße den Geldbeutel zuhalten (bin doch nicht blöd).

Recht haben die „Benachteiligten“, wenn sie ein städtebauliches Konzept fordern bzw. eine Überarbeitung des Flächennutzungsplans verlangen. Dieser Wunsch, den auch einige wenige Stadträte seit Jahren äußern, wurde vom aktuellen Stadtrat mehrheitlich abgelehnt, da man nicht nachfolgenden Stadträten die Entscheidungsfreiheit über dieses Thema nehmen wolle. Kann man so sehen – muss man aber nicht, besonders da diese Begründung bereits vier Jahre vor Ablauf der aktuellen Stadtratsperiode vorgetragen wurde. Für sechs Jahre gewählt werden, aber nach zwei

Jahren aus „Verantwortungsgefühl“ für die nachfolgenden Stadtratsperioden die Arbeit einstellen – super!

Was ist also Bürgernähe? Allen nach dem Mund reden? Für Einzelinteressen stimmen? Für ein gutes Presse- bzw. Online-Echo Richtiges verhindern oder Falsches beschließen? Wichtige Diskussionen und Entscheidungen aus Furcht vor Kritik verschieben? Wenn diese Bürgernähe gewünscht wird, geht das Gemeinwohl richtig baden – es ertrinkt!



Bildquelle: www.brewes.de

Armer Bürger versus AfD

In ihrem Grundsatzprogramm fordert die AfD die Abschaffung der Gewerbesteuer (~ 50 Milliarden Euro pro Jahr), der Vermögens- und Erbschaftssteuern (~ 7 Milliarden Euro pro Jahr) sowie die Senkung der Mehrwertsteuer um 7 Prozentpunkte (~ 60 Milliarden Euro pro Jahr) und die Wiederherstellung des Bank- und Steuergeheimnisses. AfD – Wähler, welche sich in einer schlechten wirtschaftlichen Situation (Mindestlohn, Hartz IV, ...) befinden und staatliche Hilfe oder Wohnraum benötigen, wollen ihre Situation verschlechtern, da sie die Einnahmesituation des Staates verschlechtern. Einfach blöd oder Masochismus?